

Dieferfristen nicht zu kurz bemessen. Berlin, 5. März. In der letzten Zeit sind dem Reichsarbeitsminister wiederholt Klagen darüber zugegangen, daß bei Vergütung von Aufträgen zu kurze Fristen gestellt würden. In solchen Fällen sei die rechtzeitige Erledigung der Aufträge nur durch Mehrarbeit der vorhandenen Belegschaft möglich. In zahlreichen Fällen würden daher Aufträge auf Zufassung von Mehrarbeit gestellt. Hierzu bemerkt der Reichsarbeitsminister in einem Erlaß an die Landesbehörden für Arbeitsbeschaffung und für Gewerbeaufsicht, im Einvernehmen mit dem Reichswirtschaftsminister, daß die Festlegung knapp bemessener Dieferfristen in dem gegenwärtigen Anlaufstadium der Wirtschaft nicht grundsätzlich als unzulässig betrachtet werden kann. Die Fristen müssen aber unter allen Umständen wenigstens so ausrechenbar bemessen sein, daß die Betriebe Arbeitskräfte für die Erledigung der Aufträge heranziehen können. Reinesfalls darf die Festlegung — von ganz besonderen, wirtschaftlich begründeten Ausnahmefällen abgesehen — dazu führen, daß die vorhandene Belegschaft Mehrarbeit leisten muß, zumal wenn andere, gleichartige Betriebe nicht liegen oder fast eingeschränkt arbeiten. Bei Annahme von Mehrarbeit durch die Auftragsbeauftragten auf die kurzen Dieferfristen nicht ohne weiteres für die Genehmigung ausschlaggebend sein.

Erbhofrecht für den Bauern Arbeitsrecht für den Arbeiter.

W.D. Berlin, 6. März. Ueber die Arbeits-tägung der wirtschaftlichen Gruppe des Führers, nämlich der Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP in Bad Nauort wird jetzt, wie das W.D. Büro meldet, ein offizielles Communiqué verbreitet. Danach hat der Leiter der Kommission für Wirtschaftspolitik Dr. Bernhard Köhler u. a. hervorgehoben, daß parallel mit der Sicherung des Heimatrechtes für den deutschen Bauern durch das Erbhofgesetz die nationalsozialistische Rechtsgestaltung dahin führen werde, daß auch dem Arbeiter ein unveräußerliches Recht auf Arbeit, die Freiheit zur Leistung und Aufstieg erwirkt werden würde. Arbeiter wie Bauer sollten durch den Nationalsozialismus die verloren gewesene Stellung in Wirtschaft und Volksgemeinschaft wieder gewinnen. Die Festpreise der Nährstoffe seien wichtigste Voraussetzungen auch für stabile Mindestlöhne des Arbeiters.

Paraguay auf große Schwierigkeiten gestoßen, so daß der Ausbruch bereits am 6. oder 7. März seine Rückreise nach Europa antreten dürfte. Auf den Friedensvorschlag des Ausschusses habe die bolivianische Regierung bisher nicht geantwortet. Dazu komme, daß die Antwort Paraguays Forderungen enthalte, die die Fortsetzung der seit Anfang Januar stattfindenden Verhandlungen in Buenos Aires unmöglich machen. So habe Paraguay folgende sechs Bedingungen gestellt: 1. Einstellung der Feindseligkeiten. Dabei müssen noch vor Aufnahme der Friedensver-

handlungen Sicherheitsbürgschaften gestellt werden. 2. Zurückziehung der Seere von Chaco-Gebiet. 3. Ausschließliche Kontrolle der Polizeigewalt im Chacogebiet durch Paraguay. 4. Das Haager Schiedsgericht entscheidet nur über die Demarkationslinie zwischen Bolivien und Paraguay, jedoch nicht über die von Bolivien angeführten Gebietsfragen, deren Vorhandensein Paraguay nicht anerkennt. 5. Die vom Völkerverbund vorgeschlagene Friedenskonferenz muß zuzunehmen, bevor die Frage dem Haager Gericht unterbreitet ist. 6. Die Kriegsschuld muß festgestellt werden.

Politische Tageschau

Eben berichtet dem Abklärungsausschuss des Kabinetts.

W.D. London, 6. März. Großhiesige-mährer Eben erstattete am Dienstag dem Abklärungsausschuss des Kabinetts Bericht über seine Besprechungen in den europäischen Hauptstädten. Er habe die britische Regierung einigwillig zur Lage auf dem Gebiete der Abklärung Stellung nimmt, wie sie die Antwort Frankreichs auf das britische Memorandum abwarten. In unterrichteten Kreisen glaubt man nicht, daß das Büro der Abklärungskonferenz vor dem 10. April einberufen wird.

nen Propellerschaden in der Luft zurückzuführen. Der Führer des Flugzeuges, Zornemann, wurde leicht verletzt, sein Begleiter, Ingenieur Hermann, kam bei dem Unfall durch Ertrinken ums Leben.

Regierung eines Erdbebens.

W.D. Frankfurt, 6. März. Die Seismographen der Erdbebenwarte auf dem Kleinen Feldberg im Taunus verzeichneten am Montag 14.30 Uhr MEZ das Maximum eines starken Erdbebens in etwa 15000 Kilometer Entfernung. Der Herd dürfte der gleiche sein wie bei dem am 28. Februar registrierten Beben.

Ein deutscher und ein amerikanischer Fallschirmflieger von Arabern erschossen.

W.D. London, 6. März. Nach einer Reptermeldung aus Bagdad wurden der amerikanische Fallschirmflieger Fisher und der deutsche Berichterstatter Kuboldi Man aus Düsseldorf, die sich auf einer Fallschirmfahrt auf dem Tigris in Richtung nach Indien befanden, von Arabern 100 Meilen südlich von Bagdad erschossen. Der Amerikaner erhielt einen Kopfschuß und starb aus dem Boot. Der Deutsche konnte schwerer verletzt geborgen und in ein benachbartes Dorf gebracht werden. Kurz vor seinem Tode konnte er noch einige Angaben über den Zwischenfall machen. Danach wollte er mit seinem Kameraden das Boot über Nacht am Ufer festmachen, als eine Gruppe von Arabern erschien, von denen einer ein Feuer bat. Gleich darauf hätten die Araber mehrere Schüsse auf Fisher und ihn abgegeben.

Die Leiche des Gerichtsrats Prince wird ausgegraben.

W.D. Paris, 6. März. Zum Fall Prince wird bekannt, daß die Leiche, nachdem der Sargherabende festgestellt hat, Prince sei offenbar beunruhigt worden, bevor man ihn auf die Schienen warf, zur nochmaligen gerichtsarztlichen Untersuchung ausgetragen werden wird. Mit der Untersuchung sind sieben Verste beauftragt worden.

Erste Ausstellungen beim belgischen Textilarbeiterstreik.

W.D. Brüssel, 6. März. Im Zusammenhang mit dem Textilarbeiterstreik in Verdiers kam es zu einigen ersten Zwischenfällen. Zwei Arbeiter, die am Bahnhof mit dem Abfahren von Streikenden überfallen wurden, wurden von Streikenden überfallen und durch Steinwürfe erheblich verletzt. Gerat wurden mehrere mit Wollen beladene Wagen angehalten und die Ladung auf dem Erdboden gestreut. Der Führer eines Krafttransports wurde, als er mit seinem Fahrzeug den Verkehr aufhalten wollte, von Streikenden verhaftet, aus dem Wagen gestiegen und niedergebissen. Sodann begannen die Arbeiter den Lastzug zu plündern, bis er der Polizei gelang, sie zu vertreiben.

Einschränkung des Streikrechtes in Spanien?

W.D. Madrid, 6. März. Da die Gewerkschaften der vertriebenen Berufsangehörigen mit dem Streik drohen und die Lage unhaltbar zu werden droht, hat die Regierung beschlossen, dem Parlament einen Gesetzesentwurf vorzulegen, nach dem das Streikrecht beschränkt werden soll. Ferner beschloß die Regierung die sofortige Errichtung von Konzentrationslagern auf den Balearen und den Kanarischen Inseln für Vagabunden und Bettler.

Sabotage gegen amerikanische Handelsflüge?

W.D. London, 6. März. Nach einer Neuermeldung aus Washington hat Präsident Roosevelt eine neue Untersuchung über die Beschuldigungen angeordnet, daß gegen die Armeeflüge, die neuerdings den amerikanischen Luftpostdienst durchführten, Sabotage betrieben worden sei. Es werde behauptet, daß u. a. die Benzintanks von Armeeflugzeugen angebohrt, die Kontrollinstrumente gestört und Wasser in das Benzin gegossen worden sei.

Bermischte Nachrichten

Ein Sportflugzeug an der Küste der Bucht verunglückt.

W.D. Berlin, 6. März. Das Sportflugzeug „D. 2488“ des Reichsverbandes der Deutschen Luftfahrindustrie ist Dienstag nachmittags bei einem Erprobungsflug in der Höhe von Dahme (Lübecker Bucht) verunglückt. Die Ursache des Unfalls ist auf ei-

Der Ring im Osten lockert sich

Die Kritik des französischen Bündnisystems.

Die europäische Hegemonie, die Frankreich ein Jahrzehnt lang beansprucht und praktisch auch ausgeübt hat, beruhte auf dem System von Bündnissen, das Paris mit dem Hauptkernzentren des neugefalteten europäischen Meeres verbindet. Die französische Politik war von vorn herein bestrebt, Mitteleuropa, also vor allem dessen Kernland, das Deutsche Reich, niederzuhalten und an jeder Wiedererstarbung zu hindern. Soweit aber im nördlichen Verlauf der Dinge eine Erholung der Kräfte im Zentrum des Erdteils nicht zu verhindern war, sollte durch seine Umfassung mit einer Front gut bewaffneter Truppenstaaten Frankreichs Vorstoß gegen die Europa von Paris aus bittere Kritik ausströmen lassen. So schloß man das Bündnis mit Polen und aus mit der kleinen Entente, die beide bestimmte militärische Verpflichtungen eingingen. Polen hat als erster Staat Anwendung von politischer Beredsamkeit gefunden. Es hat in Genf wiederholt Wege eingeschlagen, die von dem von Frankreich vorgeschlagenen Kurs abwichen. Stark abführend auf die französische Außenpolitik war es aber gewirkt, als Warschau sich mit Berlin verbandigte. Der deutsch-polnische Nichtangriffspakt in Paris mit äußerlich gutgepielter Ruhe aufgenommen worden, aber die etwas lässigen Versicherungen, daß durch ihn an dem im französisch-polnischen Bündnis eingegangenen Verpflichtungen nichts geändert werden könne, doch nicht darüber hinwegtäuschen, daß dieser Bündnisvertrag, soweit er an der Grenze Deutschlands einen jederzeit alarmierbaren Vorposten aufstellen sollte, durch den deutsch-polnischen Vertrag ausgehöhlt wird. Es kam dazu, daß der polnische Außenminister, Dr. Beck, bei der ersten Gelegenheit der mündlichen Kommentierung dieses Vertrages im Laufe des Jahres im Reichstag über die Beziehungen Polens zu Frankreich sprach und es dabei auch nicht unterließ, gewisse Behauptungen, die man in Warschau gegen den Bundesgenossen an der Seine hat, vorzubringen. Inzwischen hat die zwischen Deutschland und Polen eingeleitete Verständigung ja im deutsch-polnischen Handelsverkommen zu weiteren praktischen Auswirkungen geführt, die auch die Wirtschaftszusammenhänge der beiden Länder auf eine völlig neue Basis stellen. Es ist aber noch nie die schärfste Friedenspolitik gewesen, die an die realen Interessen des gegenseitigen wirtschaftlichen Austausches zwischen zwei Ländern antnüpft. Polen ist jedenfalls im Augenblick ein etwas unsicherer Faktor in der französischen Einwirkungspolitik gegenüber Deutschland geworden, und Herr Barthou müßte das Bedürfnis, demnach einmal in Warschau nach dem Rechten zu sehen. Es ist nicht anzunehmen, daß er die kluge und weit ausschauende Politik, die den besonderen Ideen des Marichals Müßigkeit entspricht, wieder zurückgeben können wird.

niger Rückendeckung eine Restauration der Sababurger Vorkriegsregime nicht minder, aber an sie glaubt man offenbar wenigstens für die nächste Zeit in Prag noch nicht recht. Die akute Gefahr wittert die Tschechoslowakei im „Anschluß“ oder wenigstens in einer deutlichen Einflußnahme auf Deutschland, möglicherweise auch auf Ungarn. Schon die Tatsache, daß ein Zünftel der tschechoslowakischen Bevölkerung deutschen Stammes ist, daß man ihr aber in Prag die vollen Rechte des Staatsvolkes vorenthält, läßt die Macht haben um Herrn Beneß vor einer Stärkung der deutschen Position in Mitteleuropa zittern. Man begrüßt deshalb in Prag die italienische Einflußnahme auf Österreich und Ungarn, weil man in ihr eine wirksame Garantie gegen den „Anschluß“ erblickt. Gleichzeitig gerät man damit aber in einen Gegensatz zu den Entente-Genossen Rumänien und Jugoslawien, die gerade dieser italienischen Vormachtstellung im Donauraum opponieren.

Es ist nicht genügend beachtet worden, daß schon beim Abschluß des Balkanpaktes diese Spannungen innerhalb der kleinen Entente ihren Ausdruck fanden. Rumänien und Jugoslawien, die sich im Balkanpakt mit Griechenland und der Türkei zusammenfanden, haben damit gewissermaßen einen Rüderversicherungsvertrag abgeschlossen und gleichzeitig das Schwergewicht ihrer Politik von Mittel- und Westeuropa hinweg rücker nach dem Südosten verlegt. Dieser Pakt, wenn er Frankreich auch im Augenblick deshalb annehmbar war, weil er der italienischen Politik eine Entlastung bereite, unterliegt doch nicht seinem unmittelbaren Einfluß und zieht zwei der ursprünglichen französischen Bündnispartner aus der Interessengruppe heraus, in die die Europa-Strategie von Paris gestellt hatte. Man sollte sich durch die traktatbetonte Politik des französischen Kabinetts nicht betören lassen. Die politische Position Frankreichs in Europa ist heute erheblich schwächer als vor fünf und zehn Jahren.



Reichsminister Dr. Goebbels auf der Messe des deutschen Aufstiegs. Reichsminister für Propaganda und Volksaufklärung, Dr. Goebbels, besichtigt nach der Eröffnung der Leipziger Messe die Ausstellung; hinter ihm Reichswohlfahrminister v. Blomberg.

Offene Worte des belgischen Ministerpräsidenten

W.D. Brüssel, 6. März. Im Senat gab der Ministerpräsident de Broqueville am Dienstag die Erklärung über die auswärtige Politik eine Erklärung der Regierung zur Abklärungskonferenz ab. Er wandte sich gegen die Auffassung, daß man eine militärische Erklärung Deutschlands durch eine Aktion des Völkerverbundes oder durch einen Präventivkrieg verhindern könne bzw. solle. Eine Völkerverbundsanalyse auf Grund des Artikels 218 des Verfallens Vertrages komme nicht in Frage, da mindestens zwei der ständigen Ratsmächte, England und Italien, sich weigern würden, eine solche Untersuchung anzuordnen. Das zweite Mittel, den Präventivkrieg ins Auge zu fassen, sei Wahnsinn und Verbrechen. Das einzige Mittel, die Wiederherstellung Deutschlands zu verhindern, sei gewiß der sofortige Krieg. Ich weigere mich aber, erklärte der Ministerpräsident, das Land in ein solches Abenteuer zu führen.

Der Ministerpräsident legte sich Job: in für den Abschluß einer internationalen Konvention, durch die die Rüstungen begrenzt werden sollen, ein. Das sei das einzige Mittel, um einen Rüstungswettlauf und damit den Krieg zu vermeiden. Die Gesetze Besprechungen hätten zu nichts geführt. Sie seien unter einer neuen Form und mit neuen Zielen wieder aufgenommen worden. Die ganze Welt sei daran interessiert, daß sie zum Erlolge führen. Alle Länder wüßten, was ein Rüstungswettlauf bedeuten würde. Deutschland könne ebenso wenig wie die anderen die ungläublichen Zahlen auf sich nehmen, die ein Rüstungswettlauf in der gegenwärtigen Krise mit sich bringen würde.

Zum Schluß erinnerte der Ministerpräsident an das Ergebnis des Weltkrieges und die geographische Lage Belgiens, die es erfordert, daß kein Element der Sicherheit vernachlässigt werden dürfe. Belgien wolle den Frieden der Sicherheit. Die Regierung habe den Mut, um der Sicherung des Friedens willen von der Bevölkerung Opfer zu verlangen, die ihre Kräfte beinahe schon überstiegen. Es werde in Europa keinen Frieden geben, solange die Sicherheit Belgiens bedroht sei. Die Regierung werde sich mit allen Mitteln dafür einsetzen, daß eine Konvention zustande komme, die Belgien ein Minimum von Opfern und ein Maximum von Sicherheit bringe. In dieser Beziehung könne Belgien auf die Mitwirkung Frankreichs, Englands und Italiens zählen. An die Erklärung des Ministerpräsidenten schloß sich eine Ausrede an.

Aufregung über de Broqueville.

W.D. Brüssel, 6. März. Die Rede der Ministerpräsidenten de Broqueville im Senat wird von den Kreisen, die sich rechtslos Frankreich vertrieben fühlen, stark kritisiert. Man wirft de Broqueville in diesen Kreisen vor, daß er in seiner Rede einen Standpunkt eingenommen habe, der sich von der Einstellung der französischen Politik, insbesondere der augenblicklichen Regierung in Paris, stark unterscheidet, ja sogar in Gegensatz dazu stehe. Die rechtsextremistische „Nation Belge“ spricht von einem „Theater-Coup“ im Senat und behauptet, daß Ministerpräsident de Broqueville sich einer Politik „höflicher Freigabe“ angeschlossen habe. Seine Erklärungen seien geeignet, alle guten Bürger mit Entsetzen und Schmerz zu erfüllen. Er mache einen Schritt durch den ganzen Teil V des Verfallens Vertrages. Wie könne man, fragt das Blatt, nach so viel Erfahrungen der Vergangenheit noch glauben, daß Deutschland eine Konvention, die seine Rüstung begrenze, einhalten werde. De Broqueville habe sich einer „Neo-Briandismus“ angeschlossen in dem Augenblick, wo in Frankreich der „Briandismus“ erledigt sei.

Die Friedensbedingungen Paraguays

W.D. Par: 5. März. Nach einer Savas-meldung aus Buenos Aires ist die „Friedensvermittlung“ des Völkerverbundes zwischen den Streit zwischen Bolivien und

Roosevelt über nationale Wiederaufbau-Politik

W.D. Washington, 5. März. Roosevelt erklärte am Montag die Konferenz der Direktoren der Nira-Codes, die bis jetzt bereits 600 Wirtschaftszweige, und, soweit die Zahl der beschäftigten Arbeiter in Frage kommt, 90 Prozent der industriellen Betriebe der Staaten umfassen, mit einer Ansprache. An der Tagung nahmen auch Vertreter der noch uncodifizierten Wirtschaftszweige teil. Die insgesamt 3500 Vertreter haben sich die Aufgabe gestellt, die in den letzten acht Monaten zutage getretenen Unklarheiten und Missstände des Codesystems gemeinsam mit der Regierung zu klären. Roosevelt erklärte u. a., er wolle die Aufgabe der Krise, aus der Amerika sich langsam aufrichte, durch den Wagnisplan charakterisieren: „Weder für sich selbst, der Teufel brauche den Teufel“, Bereicherung auf Kosten anderer, Uebertragen einer Industrie aus einer in die andere Stadt, unklarer Wettbewerb, schwindelhafter Aktienhandel in gigantischen Ausmaß, fehlende Wirtschaftlichkeit und so gut wie keine sozialen Rücksichten seien Hauptmerkmale des bisherigen Systems gewesen. Was seitdem zur Bekämpfung der Krise und zum Wiederaufbau der Wirtschaft getan worden sei, sei weder Kommunismus noch Sozialismus, weder Kollektivismus, sondern Anwendung der guten demokratischen Grundgesetze, die in Amerika jahrelang in Vergessenheit geraten seien, als Amerika sich von Sondergruppen regieren lassen habe.

Durch das Nira-Gesetz sei die Zusammenarbeit von Arbeitgeber und Arbeitnehmer auf der einen Seite und Verbraucher auf der anderen Seite in die Wege geleitet worden. Die große Mehrheit des amerikanischen Volkes habe diesem neuen Ziel, das ein Ausgleich zwischen Landwirtschaft und Industrie, zwischen Hersteller und Verbraucher, zwischen Unternehmer und Arbeiter, sowie zwischen Einfluß und Ausfluß sei, begeistert zugestimmt. Er begrüße jede aufbauende Kritik, halte jedoch ein rein negatives Betreiben des großen Wertes, das die Nation jetzt vor sich habe, für unparitätisch. Er wolle ganz klar sagen, daß man in den alten Methoden und den alten Verhältnissen nicht zurückkehren werde. Die in den letzten Wochen vorgebrachten Beschwerden richteten sich auf nicht gegen die Regierung oder gegen das Nira-System, sondern gegen bestimmte Quaden in den Beratungen und bewiesen, daß er den richtigen Weg gegangen sei. Die Industrie dürfe nicht den Gewinn, sondern die Schaffung von Kaufkraft als erstes und höchstes Gebot betrachten, denn 90 Prozent des Volkes lebten von Gehältern und Löhnen, und deren Kaufkraft ist lebenswichtig für die gesamte amerikanische Wirtschaft.

Das erste Präsidentenwahljahr Roosevelts.

W.D. Washington, 5. März. Der Ablauf des ersten Präsidentenwahljahrs Roosevelts, der inmitten einer Panik und chaotischen Finanzlage sein Amt angetreten hat, wird von der Presse der gesamten Nation eingehend gewürdigt. Die meisten Blätter spiegeln das große Vertrauen wider, das die Bevölkerung in unvorwiderlichem Maße Roosevelt entgegenbringt.

Dr. Goebbels an Frankreich

Eine Unterredung des Berliner „Matin“-Verreters.

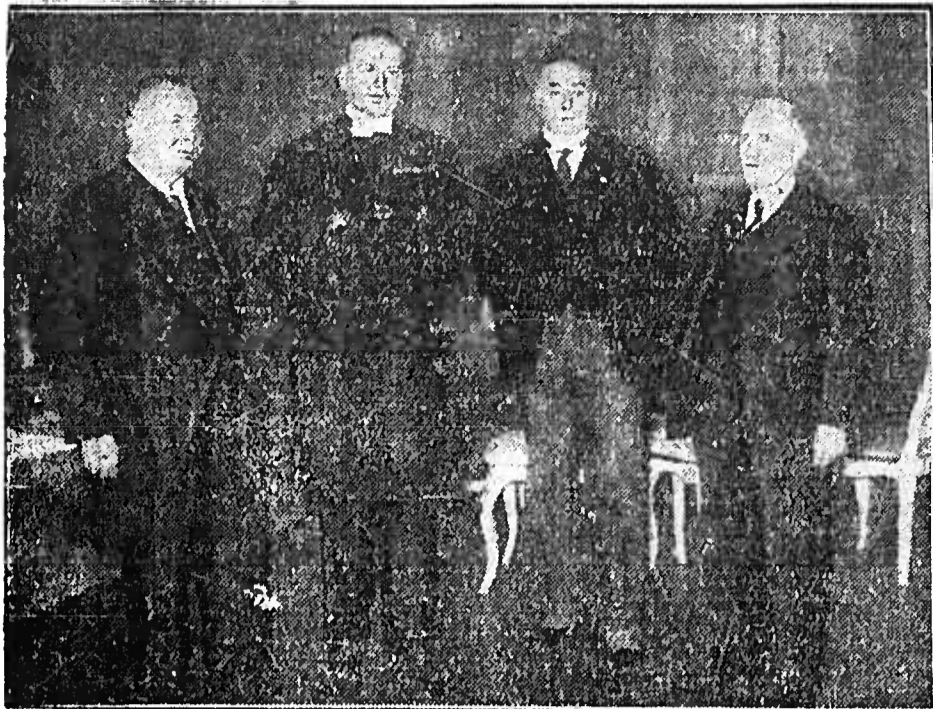
W.D. Paris, 5. März. Reichspropagandaminister Dr. Goebbels hat dem Berliner Vertreter des „Matin“, Kossin, in einer Unterredung die Ziele der nationalsozialistischen Politik im allgemeinen und gegenüber Frankreich im besonderen auseinandergesetzt. Dr. Goebbels äußerte aus: Ich halte die meisten Handlungen unserer Regierung für geeignet, dem französischen Volke zu zeigen, daß wir endgültig der mehrhundertjährigen klugen Vergangenheit der Beziehungen der beiden Nationen ein Ende zu setzen wünschen. Unser Führer Adolf Hitler hat — nicht nur in Neben — einträglich bei der Bearbeitung, bei der es sich um ein rein deutsches Gebiet handelt, keine Gebietsfrage mehr rennend zwischen Frankreich und Deutschland stehen wird. Eine Regelung der zwischen beiden Ländern schwebenden Fragen wird umso leichter zu erzielen sein, als keine wirtschaftlichen Meinungsverschiedenheiten sie verhindern könnten. Da es nun feststeht, daß die Lebensinteressen nicht aufeinanderstoßen, ist es daher zurüchig, daß ein Mißverständnis vermieden wird, ganz einfach deswegen, weil das zu einer schlechten Angewohnheit geworden ist?

Der Berichterstatter des „Matin“ wirft ein, daß der offenkundige Rüstungswahn des Deutschlands Frankreich bedrohe, das durch diese Tendenzen bedroht werde. Reichsminister Dr. Goebbels erwiderte: Ich bin im Zweifel, ob das französische Volk sich auch hinsichtlich unserer Lage klar zu machen sucht. Wenn wir unsere geographische Lage betrachten, finden wir wenige natürliche Grenzen im Norden und Süden. Ganz Deutschland ist von starken, selbstbewußten u. in vollen Aufstiege begriffenen Nationen umgeben. Diesen Aufstieg begrüßen wir übrigens, denn er kann nur in einer Entfaltung der europäischen Zivilisation zum Ausdruck kommen. Es ist jedoch klar, daß wir, im Mittelmeer des Kontinents gelegen, im gleichen Schritt mit diesen Nationen marschieren müssen. So wird man zweifellos leider begreifen, warum wir die Gleichberechtigung fordern, die für uns eine Frage aus Leben und Tod ist.

Wir hatten gehofft, daß unsere Abrüstung von den übrigen Völkern befolgt werden würde, wie es im Verfallensvertrag vorgesehen ist. Daß man Deutschland die Schuld zuschreiben, wenn dies nicht geschehen ist? Sind die Flugzeugmutterlärche und die Protentkämpfe, die man so zahlreich über-

all in der Welt antrifft, nur gegen die deutsche Gefahr vorgehen worden? Welches auch der Grund sein mag, ich will nicht näher darauf eingehen, aber kein verantwortliches Staatsmännchen könnte zulassen, daß sein Volk für immer ohne jede Verteidigung, obwohl theoretisch wie praktisch, irgendwelchen Angriffen ausgeliefert bleibt. Umomehr, als die durch das Flugzeug erzielten Fortschritte in nächster Zukunft mit ungeachteten Vernichtungsmöglichkeiten rechnen lassen. Es handelt sich nicht darum, und ich möchte diesen nach uns zu setzen wünschen. Unser Führer Adolf Hitler hat — nicht nur in Neben — einträglich bei der Bearbeitung, bei der es sich um ein rein deutsches Gebiet handelt, keine Gebietsfrage mehr rennend zwischen Frankreich und Deutschland stehen wird. Eine Regelung der zwischen beiden Ländern schwebenden Fragen wird umso leichter zu erzielen sein, als keine wirtschaftlichen Meinungsverschiedenheiten sie verhindern könnten. Da es nun feststeht, daß die Lebensinteressen nicht aufeinanderstoßen, ist es daher zurüchig, daß ein Mißverständnis vermieden wird, ganz einfach deswegen, weil das zu einer schlechten Angewohnheit geworden ist?

Wir hatten gehofft, daß unsere Abrüstung von den übrigen Völkern befolgt werden würde, wie es im Verfallensvertrag vorgesehen ist. Daß man Deutschland die Schuld zuschreiben, wenn dies nicht geschehen ist? Sind die Flugzeugmutterlärche und die Protentkämpfe, die man so zahlreich über-



Das neue Reichliche Ministerium stellt sich vor. Reichsminister Müller hat zu Mitgliedern des Reichlichen Ministeriums berufen: ...



Eine Hort-Wesell-Büste zum Todestage des Freiheitskämpfers. Zur Gedenkbildung des Todestages Hort Wessels hat der Berliner Bildhauer Paul Gruzon diese Büste des Stenographen geschaffen...



Engländer spenden für die Winterhilfe. Das Theater der englischen Kolonie in der Reichshauptstadt hatte vor einiger Zeit eine Vorstellung zugunsten des Winterhilfswertes des deutschen Volkes veranstaltet...



Eine Marktfrau wird Millionärin. Der Hauptgewinn der französischen Nationallotterie in Höhe von fünf Millionen Franc kam auch diesmal wieder einer 'kleinen' Frau zu Gute...



Deutschlands jüngster Stadtrat. Als Stadtrat in der Majestät der Stadt Landsberg an der Warthe wurde der Oberstudienrat...



Vom ersten Reichstagskongress der Handwerkskammerpräsidenten. Am Kaiserlichen Ständehaus wurde der erste Reichstagskongress sämtlicher Präsidenten der deutschen Handwerks- und Gewerbetreibenden...



Wien wieder unterm Doppeladler. Einer Meldung aus Wien zufolge soll das in der Revolutionszeit geschaffene Wappen der österreichischen Hauptstadt wieder verankert und hier stehen als alte Reichswappen mit dem Doppeladler wieder eingeführt werden.



Singende Frauen marschieren nach London. Ein Bild von der Art des einst so reichen England: Abordnungen englischer Frauen auf dem Wege nach der Hauptstadt, um dort gegen die neuen Arbeitslosengesetze der Regierung zu protestieren.



Die kleinsten Geigen der Welt. In fünfmonatiger Arbeit hat ein Geigenbauer - natürlich in Amerika! - diese beiden Miniaturgeigen erbaut...



Maßstab, die Rekordbulle. Diese Kügeliger Kuh 'Moths' vom Gut Holford bei Litchfield in Schottland erreichte bei einer Leistungsprobe eine Milchmenge von 68 Liter Tagesleistung...



Ein fetterer Ferkel. Diese wertvolle Zuchtstube wurde mit dem Hochschwellendampfer 'Vernon' über den Atlantik zur Festung der Westküste in Chicago geschickt.

Aus dem Breisgau und Umgebung

(Emmendingen, 7. März. (Kinanzamt Emmendingen.) Die Oberfeuerleitende Richard Rossig und Alfred Welpert beim Finanzamt Emmendingen wurden zu Steuerinspektoren ernannt...

(Emmendingen, 7. März. (Reichsbund der Arbeiter Deutschlands zum Schutze der Familie e. V. Gau Baden.) Morgen Donnerstag findet hier eine große Versammlung statt...

(Emmendingen, 7. März. (Reichsbund der Arbeiter Deutschlands zum Schutze der Familie e. V. Gau Baden.) Morgen Donnerstag findet hier eine große Versammlung statt...

(Emmendingen, 7. März. (Reichsbund der Arbeiter Deutschlands zum Schutze der Familie e. V. Gau Baden.) Morgen Donnerstag findet hier eine große Versammlung statt...

(Emmendingen, 7. März. (Reichsbund der Arbeiter Deutschlands zum Schutze der Familie e. V. Gau Baden.) Morgen Donnerstag findet hier eine große Versammlung statt...

(Emmendingen, 7. März. (Reichsbund der Arbeiter Deutschlands zum Schutze der Familie e. V. Gau Baden.) Morgen Donnerstag findet hier eine große Versammlung statt...

(Emmendingen, 7. März. (Reichsbund der Arbeiter Deutschlands zum Schutze der Familie e. V. Gau Baden.) Morgen Donnerstag findet hier eine große Versammlung statt...

(Emmendingen, 7. März. (Reichsbund der Arbeiter Deutschlands zum Schutze der Familie e. V. Gau Baden.) Morgen Donnerstag findet hier eine große Versammlung statt...

(Emmendingen, 7. März. (Reichsbund der Arbeiter Deutschlands zum Schutze der Familie e. V. Gau Baden.) Morgen Donnerstag findet hier eine große Versammlung statt...

(Emmendingen, 7. März. (Reichsbund der Arbeiter Deutschlands zum Schutze der Familie e. V. Gau Baden.) Morgen Donnerstag findet hier eine große Versammlung statt...

(Emmendingen, 7. März. (Reichsbund der Arbeiter Deutschlands zum Schutze der Familie e. V. Gau Baden.) Morgen Donnerstag findet hier eine große Versammlung statt...

das fernere Wohlergehen des Zuhelpers. Vom Gemeinderat wurde ihm ein Glückwunschschreiben mit einem entsprechenden Geldgeschenk überreicht.

(Emmendingen, 7. März. (Reichsbund der Arbeiter Deutschlands zum Schutze der Familie e. V. Gau Baden.) Morgen Donnerstag findet hier eine große Versammlung statt...

(Emmendingen, 7. März. (Reichsbund der Arbeiter Deutschlands zum Schutze der Familie e. V. Gau Baden.) Morgen Donnerstag findet hier eine große Versammlung statt...

(Emmendingen, 7. März. (Reichsbund der Arbeiter Deutschlands zum Schutze der Familie e. V. Gau Baden.) Morgen Donnerstag findet hier eine große Versammlung statt...

(Emmendingen, 7. März. (Reichsbund der Arbeiter Deutschlands zum Schutze der Familie e. V. Gau Baden.) Morgen Donnerstag findet hier eine große Versammlung statt...

(Emmendingen, 7. März. (Reichsbund der Arbeiter Deutschlands zum Schutze der Familie e. V. Gau Baden.) Morgen Donnerstag findet hier eine große Versammlung statt...

(Emmendingen, 7. März. (Reichsbund der Arbeiter Deutschlands zum Schutze der Familie e. V. Gau Baden.) Morgen Donnerstag findet hier eine große Versammlung statt...

(Emmendingen, 7. März. (Reichsbund der Arbeiter Deutschlands zum Schutze der Familie e. V. Gau Baden.) Morgen Donnerstag findet hier eine große Versammlung statt...

(Emmendingen, 7. März. (Reichsbund der Arbeiter Deutschlands zum Schutze der Familie e. V. Gau Baden.) Morgen Donnerstag findet hier eine große Versammlung statt...

(Emmendingen, 7. März. (Reichsbund der Arbeiter Deutschlands zum Schutze der Familie e. V. Gau Baden.) Morgen Donnerstag findet hier eine große Versammlung statt...

(Emmendingen, 7. März. (Reichsbund der Arbeiter Deutschlands zum Schutze der Familie e. V. Gau Baden.) Morgen Donnerstag findet hier eine große Versammlung statt...

festen Gewerkes bereit gestellt werden, während der andere Teil in Form von Gut-scheinen dem BSW zur Verfügung gestellt wird.

(Emmendingen, 7. März. (Reichsbund der Arbeiter Deutschlands zum Schutze der Familie e. V. Gau Baden.) Morgen Donnerstag findet hier eine große Versammlung statt...

(Emmendingen, 7. März. (Reichsbund der Arbeiter Deutschlands zum Schutze der Familie e. V. Gau Baden.) Morgen Donnerstag findet hier eine große Versammlung statt...

(Emmendingen, 7. März. (Reichsbund der Arbeiter Deutschlands zum Schutze der Familie e. V. Gau Baden.) Morgen Donnerstag findet hier eine große Versammlung statt...

(Emmendingen, 7. März. (Reichsbund der Arbeiter Deutschlands zum Schutze der Familie e. V. Gau Baden.) Morgen Donnerstag findet hier eine große Versammlung statt...

(Emmendingen, 7. März. (Reichsbund der Arbeiter Deutschlands zum Schutze der Familie e. V. Gau Baden.) Morgen Donnerstag findet hier eine große Versammlung statt...

(Emmendingen, 7. März. (Reichsbund der Arbeiter Deutschlands zum Schutze der Familie e. V. Gau Baden.) Morgen Donnerstag findet hier eine große Versammlung statt...

(Emmendingen, 7. März. (Reichsbund der Arbeiter Deutschlands zum Schutze der Familie e. V. Gau Baden.) Morgen Donnerstag findet hier eine große Versammlung statt...

(Emmendingen, 7. März. (Reichsbund der Arbeiter Deutschlands zum Schutze der Familie e. V. Gau Baden.) Morgen Donnerstag findet hier eine große Versammlung statt...

(Emmendingen, 7. März. (Reichsbund der Arbeiter Deutschlands zum Schutze der Familie e. V. Gau Baden.) Morgen Donnerstag findet hier eine große Versammlung statt...

(Emmendingen, 7. März. (Reichsbund der Arbeiter Deutschlands zum Schutze der Familie e. V. Gau Baden.) Morgen Donnerstag findet hier eine große Versammlung statt...

Freiburger Stadtsanzen

(Freiburg, 7. März. Stadtsanzen. 16-17.45 Uhr: Schläger (Schau-spiel). - 20-22.45 Uhr: Der Fürst (Schau-spiel).

(Freiburg, 7. März. Stadtsanzen. 16-17.45 Uhr: Schläger (Schau-spiel). - 20-22.45 Uhr: Der Fürst (Schau-spiel).

(Freiburg, 7. März. Stadtsanzen. 16-17.45 Uhr: Schläger (Schau-spiel). - 20-22.45 Uhr: Der Fürst (Schau-spiel).

(Freiburg, 7. März. Stadtsanzen. 16-17.45 Uhr: Schläger (Schau-spiel). - 20-22.45 Uhr: Der Fürst (Schau-spiel).

(Freiburg, 7. März. Stadtsanzen. 16-17.45 Uhr: Schläger (Schau-spiel). - 20-22.45 Uhr: Der Fürst (Schau-spiel).

(Freiburg, 7. März. Stadtsanzen. 16-17.45 Uhr: Schläger (Schau-spiel). - 20-22.45 Uhr: Der Fürst (Schau-spiel).

(Freiburg, 7. März. Stadtsanzen. 16-17.45 Uhr: Schläger (Schau-spiel). - 20-22.45 Uhr: Der Fürst (Schau-spiel).

(Freiburg, 7. März. Stadtsanzen. 16-17.45 Uhr: Schläger (Schau-spiel). - 20-22.45 Uhr: Der Fürst (Schau-spiel).

(Freiburg, 7. März. Stadtsanzen. 16-17.45 Uhr: Schläger (Schau-spiel). - 20-22.45 Uhr: Der Fürst (Schau-spiel).

(Freiburg, 7. März. Stadtsanzen. 16-17.45 Uhr: Schläger (Schau-spiel). - 20-22.45 Uhr: Der Fürst (Schau-spiel).

(Freiburg, 7. März. Stadtsanzen. 16-17.45 Uhr: Schläger (Schau-spiel). - 20-22.45 Uhr: Der Fürst (Schau-spiel).

(Freiburg, 7. März. Stadtsanzen. 16-17.45 Uhr: Schläger (Schau-spiel). - 20-22.45 Uhr: Der Fürst (Schau-spiel).

(Freiburg, 7. März. Stadtsanzen. 16-17.45 Uhr: Schläger (Schau-spiel). - 20-22.45 Uhr: Der Fürst (Schau-spiel).

(Freiburg, 7. März. Stadtsanzen. 16-17.45 Uhr: Schläger (Schau-spiel). - 20-22.45 Uhr: Der Fürst (Schau-spiel).

(Freiburg, 7. März. Stadtsanzen. 16-17.45 Uhr: Schläger (Schau-spiel). - 20-22.45 Uhr: Der Fürst (Schau-spiel).

(Freiburg, 7. März. Stadtsanzen. 16-17.45 Uhr: Schläger (Schau-spiel). - 20-22.45 Uhr: Der Fürst (Schau-spiel).

(Freiburg, 7. März. Stadtsanzen. 16-17.45 Uhr: Schläger (Schau-spiel). - 20-22.45 Uhr: Der Fürst (Schau-spiel).

(Freiburg, 7. März. Stadtsanzen. 16-17.45 Uhr: Schläger (Schau-spiel). - 20-22.45 Uhr: Der Fürst (Schau-spiel).

